Morgen- № 123. Ausgabe.

Berlin, Freitag, den 14. März 1902.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: vierteljährl. für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Ammel in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Lime Street E. C., Cowie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger. Hôtels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie. Allgemeine Verloosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: die viergespaltene Zeile 40 Pf. Reclametheil 80 Pf.

Telegramm-Adresse: Börsenkrone.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: in der Expedition.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Randglossen zu den parlamentarischen Verhandlungen.

Der Reichstag hat Osterferien gemacht, der größte Theil seiner diesjährigen Tagung liegt hinter uns. Man kann indessen nicht behaupten, daß die Verhandlungen einen erhebenden Eindruck machten, die gegentheilige Ansicht dürfte vielmehr ziemlich allgemeine Zustimmung finden. Das Verhalten mancher Abgeordneten verrieth einen Mangel an Rücksicht auf ihre Collegen sowohl wie auf den Zweck der parlamentarischen Arbeit. Mangel an Rücksicht auf die Collegen bekundet ein Abgeordneter, der sich in langen Erörterungen ergeht, ohne dadurch zur Klärung der Ansichten und zur Förderung der Berathungen etwas beizutragen.

Der Zweck der parlamentarischen Arbeit ist die rechtzeitige und sachliche Lösung der jeweilig vorliegenden gesetzgeberischen Aufgaben. Mangel an Rücksicht auf diesen Zweck verräth es, wenn bei den Berathungen Dinge besprochen und Fragen erörtert werden, die zu dem eigentlichen Gegenstande nur in sehr loser oder in gar keiner Beziehung stehen. Wer im Parlamente das Wort ergreift, soll zur Sache sprechen. Das verlangt gründliche Vorbereitung und Sachkenntniß. Wem es hieran mangelt, der behalte seine Weisheit für sich. Wie viel unnöthiges Zeug wird z. B. bei den Etatsberathungen zusammen geredet! Und dann die endlosen Wiederholungen derselben Ansichten und Gedanken, wie wir sie bei Berathungen im Reichstage und in der Commission erleben!

Mit Recht dringt man auf Abstellung dieser Mißstände. Als Abhilfsmittel gegen die Rücksichtslosigkeit langathmiger Dauerredner hat die „Kölnische Ztg." vorgeschlagen, daß das Haus vom Präsidenten befragt werden müsse, ob es die Fortsetzung einer Rede zulassen will, nachdem ein Redner eine halbe Stunde gesprochen hat. Diesem Vorschlage können wir nur zustimmen. Das Ansehen der Volksvertretung leidet vornehmlich durch diese Dauerredner, die sich in ewigen Wiederholungen bewegen, vom Hundertsten ins Tausendste kommen, wie man zu sagen pflegt, und meist einen übermäßigen Mangel an Gedanken und Sachkenntniß verrathen. Hier muß Wandel geschaffen werden.

Der Vorschlag der „Kölnischen Ztg." ist übrigens nicht neu. Seine Annahme würde indeß eine praktische Wirkung nur haben, wenn sie mit einer Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer für diesen Fall verbunden wäre. Diese müßte auf die Mehrheit der jeweilig anwesenden Mitglieder beschränkt werden.

Um die raschere Erledigung der parlamentarischen Arbeiten zu fördern, wäre aber wohl noch Anderes in Erwägung zu ziehen. Der Schwerpunkt der Arbeiten muß mehr als bisher in das Plenum statt in die Commissionen verlegt werden. Daß wichtige Gesetzesvorlagen der Commissionsberathung unterworfen werden müssen, ist selbstverständlich. Aber stets den ganzen Etat den Budgetcommissionen zu überweisen, ist doch wohl nicht nothwendig. Es wird dort in der Regel nur alles das noch einmal breit getreten, was bei den ersten Berathungen im Plenum bereits zur Genüge erörtert worden ist. Aus umfangreichen Gesetzentwürfen, wie z. B. aus der Zolltarifvorlage, lassen sich auch recht gut manche Stücke ausscheiden, die ohne Commissionsberathung erledigt werden können. Vor Allem muß aber auch für die Commissionen eine Beschränkung der den einzelnen Mitgliedern zu gestattenden Redezeit angestrebt werden. Die Vorgänge bei der Berathung der Canalvorlage in der Commission des Preußischen Abgeordnetenhauses und jetzt bei der Berathung der Zolltarifvorlage in der Reichstagscommission begründen diese Forderung zur Genüge. Vielleicht wäre auch in Bezug auf die Stellung von Anträgen zu erwägen, ob sich hier nicht im Wege der Geschäftsordnung Mißbräuchen vorbeugen ließe.

Telegramme.

Kiel, 13. März. (C. T. C.) Die Kaiserin traf in Begleitung der Prinzen August Wilhelm und Oskar um 2 Uhr 15 Minuten mittels Sonderzuges von Plön hier ein.

Kiel, 13. März. (C. T. C.) Die Kaiserin ist heute Nachmittag 3 Uhr mit Sonderzug nach Flensburg abgereist. Die Kaiserlichen Prinzen kehrten kurz darauf mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Plön zurück.

Brunsbüttelkoog, 13. März. (C. T. C.) Das Schulschiff „Charlotte" ist mit Prinz Adalbert an Bord heute Nachmittag hier eingelaufen und hat im Binnenhafen festgemacht.

Wien, 13. März. (C. T. C.) Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Debatte über das Budget der Landesvertheidigung erklärt der Abg. Svozil, die Czechen seien keineswegs Feinde einer tüchtigen Armee. Aber die Grundlage einer tüchtigen Armee sei die Zufriedenheit der Völker. Die Regierung habe aber nicht einmal den Muth, gegen die Ausweisung slavischer Staatsbürger aus einem befreundeten Staat aufzutreten, sie halte an dem Wahne fest, daß Oesterreich eine Deutsche Mission habe, und vergesse, daß Oesterreich ein Völkerstaat sei. Unter der gegenwärtigen Heeresleitung werde die Armee nicht zur entsprechenden Tüchtigkeit gelangen. Redner bringt dann eine Reihe von Beschwerden vor und findet es sonderbar, daß die Grenze gegen Rußland, welches nie gegen Oesterreich Krieg geführt habe, stark befestigt sei, während an der Böhmisch-Deutschen Grenze sich keine Festung befinde. Redners Partei sei keine Feindin Oesterreichs, sondern nur Feindin eines Deutschen Oesterreichs, das ihre Söhne entnationalisire.

Kopenhagen, 13. März. (C. T. C.) Der Folkething, welcher sich in mehreren, nicht öffentlichen Sitzungen über die Abtretung der Dänisch-Westindischen Inseln schlüssig gemacht hatte, hielt heute in dieser Angelegenheit die erste öffentliche Sitzung ab. Anders Nielsen (Linke) führte aus, Dänemarks Recht, seinen Platz in der Reihe der Nationen zu behaupten, beruhe auf ganz anderen Bedingungen, als auf dem Besitz der Dänisch-Westindischen Inseln. Im Namen einer großen Mehrheit des Folkethings empfehle er die Annahme des Antrages, in der Hoffnung, daß die Inseln unter dem Schutze einer großen Macht einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Ottosen (Linke) beantragt, eine Abstimmung unter den Bewohnern der Inseln vorzunehmen. Bjerre (Linke) sprach gegen die Abtretung, da die wirthschaftlichen Verhältnisse der Inseln voraussichtlich sich jetzt besser stellen würden. Der Minister des Auswärtigen Deuntzer hob hervor, der Zweck des Vertrages sei nicht der Verkauf, sondern der Uebergang der Inseln an Amerika, wo sie eine ganz andere und zwar bessere Stellung als jetzt erwerben würden; Dänemark erhalte nämlich nur Ersatz seiner Verpflichtungen; Amerika habe während der Verhandlungen die größte Loyalität gezeigt. Bjerre gegenüber erklärte der Minister, in der Politik gelten nicht Hoffnungen, sondern Facta. Hammerich (Rechte) sprach gegen die Abtretung, welche im Auslande als Falliterklärung Dänemarks aufgefaßt würde. Anders Nielsen protestirte gegen die Aeußerung Hammerichs.

Madrid, 13. März. (C. T. C.) In dem heute Vormittag abgehaltenen Ministerrathe theilte der Ministerpräsident Sagasta mit, daß die Demission des Finanzministers Urzaiz unwiderruflich sei. Die übrigen Minister beschlossen ebenfalls zurückzutreten. Sagasta begab sich darauf zur Königin-Regentin, um ihr den Beschluß des Cabinets mitzutheilen.

Madrid, 13. März. (C. T. C.) Sagasta hat den Vorschlag der Königin, ein neues Cabinet unter Heranziehung der liberalen Dissidenten zu bilden, abgelehnt und erklärt, er könne nur ein rein liberales Ministerium aufstellen. Die Königin erwiderte, sie werde sich mit den Präsidenten des Senats und der Kammer besprechen.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Amtliche Nachrichten.

Der Kaiser hat den bisherigen Preußischen Landrath von Puttkamer in Kolberg zum Kaiserlichen Regierungsrath und den Regierungsrath Dr. Böhmer in Straßburg zum Kaiserlichen Kreisdirector in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt.

Der Regierungsrath von Puttkamer ist dem Bezirks-Präsidium in Metz überwiesen und dem Kreisdirector Dr. Böhmer die Kreisdirectorstelle in Saargemünd übertragen worden.

Der König hat den Militair-Oberpfarrer Kolepke in Breslau zugleich zum Consistorialrath und Mitglied des Consistoriums der Provinz Schlesien im Nebenamt ernannt.

Der König hat den Seminar-Directoren Heinrich Eckert zu Cammin, Erich Tismer zu Osnabrück, Kaspar Lotz zu Dillenburg und Dr. Johannes Schmitz zu Cornelymünster den Charakter als Schulrath mit dem Range eines Raths vierter Klasse, den Professoren an Landwirthschaftsschulen Dr. Heyde in Heiligenbeil, von Ankum und Dr. Pfannstiel in Schivelbein, Dr. Nanke und Garbe in Samter den Rang der Räthe vierter Klasse verliehen, sowie der Wahl des Oberlehrers am Askanischen Gymnasium in Berlin, Professors Dr. Trendelenburg zum Director des Friedrichs-Gymnasiums hierselbst die Bestätigung ertheilt.

Der bisherige Gymnasial-Oberlehrer Eugen Kuntze aus Trier ist zum Kreis-Schulinspector ernannt worden.

Die Oberförsterstelle Rennerod im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. Mai 1902 anderweit zu besetzen.

Politische Nachrichten.

Berlin, 14. März.

— Ueber die nächsten Reise-Dispositionen des Kronprinzen, der sich gegenwärtig in der Schweiz aufhält, erfahren wir Folgendes: Der Kronprinz trifft am 18. d. M. 9½ Uhr Abends in Bamberg ein und wird am Bahnhofe von dem Prinzen Rupprecht von Bayern und dem Bürgermeister v. Brandt empfangen. Alsdann begiebt sich der Kronprinz nach der Königlichen Residenz als Gast des Prinzen und der Prinzessin Rupprecht. Am 19. d. M. wird er die Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigen und ein Dejeuner im Officierscasino des 1. Ulanen-Regiments, bei dem er à la suite steht, einnehmen. Abends findet in der Residenz größere Hoftafel statt, zu welcher bereits zahlreiche Einladungen ergangen sind. Am 20. dieses Monats trifft der Kronprinz zum Besuche des Großherzogs Wilhelm Ernst in Weimar ein. Der Kronprinz wird zunächst die Wartburg besuchen und im Anschluß hieran nach Weimar weiterreisen, wo er sich direkt vom Bahnhofe nach dem Goethe-Nationalmuseum und später nach dem Großherzoglichen Schlosse begiebt. Am Abend findet Festvorstellung im Hof-Theater statt. Am anderen Morgen, 21. ds. Mts., gedenkt der Kronprinz von Weimar die Rückreise nach Berlin anzutreten, womit die Studienreise ihr Ende erreicht haben dürfte. Bemerkt sei noch, daß der Kronprinz auf seiner gegenwärtigen Reise mit einem photographischen Apparat ausgerüstet ist, um sich bei passenden Gelegenheiten als Amateurphotograph zu bethätigen, in welchem Fache der Kronprinz von seiner hohen Mutter, einer vollendeten Amateurphotographin, unterrichtet worden ist.

— Der Staatssecretär für Elsaß-Lothringen v. Köller hat in der letzten Sitzung des Landesausschusses Veranlassung genommen, sich gegen einige Preßangriffe zu vertheidigen. So war u. A. behauptet worden, er habe in Verbindung mit einer Warnung vor übermäßigem Wirthshausbesuche die Kriegervereine ermahnt, nicht auf das Niveau von Turn- und Sportvereinen herabzusinken, habe aber später im stenographischen Bericht diese Bemerkung gestrichen. Auf diese Vorwürfe erwiderte der Staatssecretär: Seine ganze Vergangenheit biete Gewähr dafür, daß er nur mit Gerechtigkeit seine Entscheidungen treffen werde. Von ihm aus werde nichts ausgehen, was gegen Gesetz und Recht verstoße. Er sei von der Presse Elsaß-Lothringens anläßlich seiner Berufung als Staatssecretär nicht sehr warm begrüßt worden. Er habe aus den Kritiken schon viel gelernt. Die Presse könne über ihn schreiben, was sie wolle, er werde nie einen